

## Nach der Ermordung Stürgghs.

(Von unserem Wiener Vertreter.)

Wien, 22. Oktober.

Erst das Gutachten der Fachärzte, die über den Geisteszustand Friedrich Adlers, der unstreitig einer erblich belasteten Familie entstammt, zu befinden haben, wird uns zeigen, ob seine Tat überhaupt politisch gewertet werden kann, oder nicht vielmehr der Ausfluss eines armen kranken Hirns ist. Unzweifelhaft aber ist schon heute, daß die Aera Stürggh abgeschlossen ist und Oesterreich nicht nur vor einem Personenwechsel, sondern auch an einem politischen Wendepunkt steht.

Die Tat Adlers ist um so unbegreiflicher, als es trotz allen Waktens der Zensur ein offenes Geheimnis war, daß Graf Stürggh ohnehin über kurz oder lang von seinem Amt zurückgetreten wäre. Der Kaiser hatte schon in letzter Zeit verschiedene Persönlichkeiten empfangen, die als Nachfolger des Ministerpräsidenten in Betracht kamen, gegen den eine ebenso starke Fronde am Werk war, wie gegen den Minister des Innern, Baron Burian. Graf Stürggh hatte wohl politische Gegner, aber keine persönlichen Feinde. Der statliche behäbige Mann, dem eine starke Kurzsichtigkeit etwas Unbeholfenes gab, war nichts weniger als ein Tyrann. Allerdings hatten wir unter ihm einen Rückfall in den Absolutismus, in die Regierungsmethoden des Vormärz erlebt: Seit Kriegsausbruch gab es kein Parlament. Weder der Wiener Reichsrat, noch die Landtage der einzelnen Kronländer durften tagen, ja selbst der Wiener Gemeinderat trat erst im letzten Winter wieder zusammen. Die Zensur arbeitete mit einer Strenge, die nur manchmal durch Lächerlichkeiten gemildert wurde, und ganz folgerichtig war auch das Versammlungsrecht aufgehoben. Aber das alles tat Graf Stürggh mit echt österreichischer Bonhomie. Er arbeitete gegen die öffentliche Meinung mit dem aus unserm Preshgesetz bekannten „objektiven Verfahren“ — die persönlichen Urheber der Opposition, so unbehagen sie ihm sein mochten, ließ er ungeschoren. Auch die tschechischen Hochverräter, deren Verurteilung bekanntgeworden ist, sind nicht von der Militärgewalt

dingfest gemacht worden. Gerade wegen dieser Passivität war der Ministerpräsident heftigen Angriffen ausgesetzt. Der deutsch-rabikale Abgeordnete Dr. Friedr. Wichtl hatte an den Grafen Stürggh wegen der Verteidigungsrede, die dieser vor dem Wiener Landwehr-Divisionsgericht für Kramarsch gehalten hatte, einen offenen Brief gerichtet, den ein weniger gutmütiger Staatsmann mit einer Herausforderung zum Zweikampf beantwortet haben würde. Wir haben ja dafür in dem Duell Wolf-Badeni in der neueren österreichischen Geschichte ein Beispiel. Graf Stürggh aber ließ den Abgeordneten Wichtl völlig unbehelligt und verhängte nicht einmal die Postsperrung über ihn, wozu es nur eines Federstrichs bedürft hätte.

Das ist charakteristisch für den ermordeten Ministerpräsidenten. Er regierte absolutistisch, nicht aus persönlicher Herrschaft, sondern weil er sich unter den gegenwärtigen Umständen dazu verpflichtet glaubte. Sein Absolutismus war gemildert durch die altösterreichische Gemütlichkeit. Und gerade das sollte ihm zum Verhängnis werden. Wenn unsere Feinde aus der Nordtät im Hotel Meißl & Schahn auf eine furchtbare politische und soziale Erbitterung schließen, die angeblich bei uns unter den Massen herrscht, so verkennen sie vollkommen den Tatbestand. Gerade weil Graf Stürggh nichts von einer solchen Erbitterung wußte, konnte er als Ministerpräsident es während der ganzen Kriegszeit wagen, sich in der Stadt so frei und unbeschützt zu bewegen, wie der erste beste Privatmann. Es ist zu bezweifeln, ob sich Briand und Asquith — ganz abgesehen vom russischen Premier — so vollkommen ohne jedes bedenkende Geleite von Geheimpolizisten bewegen können, wie dies Graf Stürggh tat, der in jedermann zugänglichen Kasinotalen regelmäßig zu treffen war. Jetzt wissen wir, daß das eine Unvorsichtigkeit war. Er mag die politische Stimmung der Bevölkerung ganz richtig eingeschätzt haben, aber in so ernstlichen Zeiten darf sich der Mann, der am Steuer des Staatsschiffes steht, nicht zur Zielscheibe des ersten besten Narren hergeben. Ein Mindestmaß von Vorsicht ist doch nötig, auch in dem gemüthlichen Wien, das im Krieg aus der seligen „Bachhendzeit“ gründlich herausgewachsen ist. Es ist schon längst eine moderne Weltstadt und hat zudem noch in den letzten zwei Jahren zahlreichen Zugzug von nicht bodenständigen Elementen erhalten.

Der Mann, der die Nachfolgerschaft des Grafen Stürggh übernimmt, steht vor der Frage, ob er auch seine Regierungsmethoden fortsetzen will. Es ist bekannt, daß sich gegen diese in letzter Zeit — angeregt durch die laute Debatte im ungarischen Parlament — eine lebhafteste Opposition organisiert hatte. Der Bewegung von unten her wäre Graf Stürggh vielleicht durch Zensur und Versammlungsverbot Herr geworden. Er hatte aber auch die großen feudalen Herren der Ersten Kammer gegen sich, die mit Sorge sahen, wie der legitime Einfluß der österreichischen Reichshälfte in der Doppelmonarchie vollkommen zugunsten Ungarns ausgeschaltet war. Die Fronde gegen den Grafen Stürggh fand eine mächtige Stütze, als sogar im ungarischen Abgeordnetenhaus Graf Andrássy unumwunden erklärte, die Monopolstellung, die Graf Tisza infolge der Parlamentslosigkeit in Oesterreich einnehme, liege durchaus nicht im Interesse Ungarns und könne sich noch bitter rächen. Graf Andrássy kam bald darauf nach Wien und setzte sich mit hiesigen feudalen Kreisen in Verbindung, um wenigstens den Zutritt der Delegationen herbeizuführen. Vor der Ermordung des Grafen Stürggh stand das politische Problem so, ob es ratsam sei, auf der österreichischen Seite nur die Delegation einzuberufen, einen sorgfältig gestellten Parliamentsausschuß, dessen Mandat übrigens längst abgelaufen ist, oder den Reichsrat selbst, der die Delegation verfassungsmäßig neu zu wählen hätte. Vermutlich sollte dieser Frage auch der Ministerrat gelten, den Graf Stürggh für den Tag seiner Ermordung angesetzt hatte.

Es war ein offenes Geheimnis, daß auch einzelnen Kabinettsmitgliedern bei dem fortgesetzten Absolutismus nicht mehr wohl war. Auch Graf Stürggh hatte sich, als er zum § 14 Zuflucht nahm, nicht auf eine so lange Dauer des Krieges eingerichtet. Er meinte wohl nach den Erfahrungen aus den letzten europäischen Kriegen, der Feldzug werde nur ein paar Monate dauern, und für diese Zeit wäre es besser, das schöne griechische Haus am Wiener Franzensring geschlossen zu halten, um „keine Geschichten“ zu bekommen. Aus den paar Monaten sind aber inzwischen mehr als zwei Jahre geworden, und die Notwendigkeit, zu einem verfassungsmäßigen Leben zurückzukehren, zeigt sich immer dringender. Man braucht nur an die Regelung der Lebensmittelverteilung, an die Kontrolle der Finanzgebahrung, an die Invalidenversorgung und andere Staatsnotwendigkeiten zu denken, um sich darüber klar zu werden, daß ein so großer und komplizierter Organismus wie das moderne Oesterreich auf die Dauer nicht

von einer Bürokratie ohne jede Ueberwachung und ohne jeden Antrieb aus dem Volkswillen gelenkt werden kann, mag diese Bürokratie auch von den besten Absichten befeelt sein.

Die „Geschichten“, die Graf Stürggh vermeiden wissen wollte, haben sich doch ereignet, wenn nicht im Parlament, so an zahlreichen anderen Stellen, und sie sind durch die amtliche Anzeige von Gerichtsurteilen aller Welt bekanntgeworden. Es hilft nichts, die schmutzigen Wäsche, die sich angesammelt hat, muß einmal gewaschen werden. Je länger man den Tag hinauschiebt, um so mehr häufen sich die Hindernisse, die den Rückweg zu normalen Verhältnissen versperren. Es war wohl überhaupt ein Fehler, daß sich Graf Stürggh zu Beginn des Krieges so sehr vor der Volksvertretung fürchtete. Eine entschlossene Regierung hätte durch eine zielbewusste Führung das Parlament zum Mitgehen gezwungen. Wer hätte es in so tragischer Stunde, wo es um Tod und Leben ging, wagen dürfen, sich auf offener Tribüne gegen den Staat auszusprechen? Hätte er nicht auf sich und seine Anhänger den Vorwurf des Hochverrats geladen und dem Kaiserhaus für alle Zeiten einen untrüglichen Fingerzeig gegeben, wo es seine Freunde zu suchen hat und wo seine Feinde? Selbst die Kramarsch und Masfaryl hätten wohl in einem solchen historischen Augenblick so viel politische Bitterung gehabt, daß sie eine Lokaltatskundgebung für klüger gehalten haben würden, als ein Eingeständnis ihrer allslawischen Utopien. Ein solches offenes Bekenntnis zum Staat würde aber der verhängnisvollen Saat entgegen gearbeitet haben, die diese verblichenen Führer des tschechischen Volkes in Jahrzehntelanger Separatheit ausgestreut hatten.

Solche Betrachtungen haben heute nur noch einen historischen Wert. Der Nachfolger des Grafen Stürggh muß mit den Verhältnissen rechnen, wie er sie findet. Er steht vor der Wahl, die Verantwortung mit den gewählten Vertretern des Volkes zu teilen oder die Zügel noch straffer anzuziehen. Mit der Mischung von Absolutismus und Gemütlichkeit wird es nicht mehr gehen.

E. P.